

Bezugspreis:

Wöchentlich 21.- M., monatlich 7.- M., für ins Haus...
Monatlich 7.- M., erst...
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 10.- M., für das übrige Ausland 14.50 M., bei täglich einmal...
12.50 M. Hochstellungen nehmen an Dänemark, Holland, Preussens, Schweden und die Schweiz...
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Ball u. Reiz“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 15190-15197.

Montag, den 19. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die schlagzeilige Kennartikelle...
Kleine Anzeigen...
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte...
Familien-Anzeigen...
Kazette für die nächste Nummer...
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Sieg der oberschlesischen Arbeiter.

Oppeln, 19. April. Die interalliierte Regierungskommission hat jetzt, wie der T. U. mitgeteilt wird, beschlossen, daß das Betriebsrätegesetz für Oberschlesien in Kraft zu treten hat und der Termin für die diesbezüglichen Wahlen eiligst festgesetzt wird.

Asylrecht für Kapp?

London, 19. April. (Holländisch Nieuwsbureau.) Es wird gemeldet, daß die schwedische Regierung für Kapp das Asylrecht zur Anwendung bringen und über seine Pässeilassung hinweggehen wird.

Irland.

London, 18. April. (Reuter.) Ein heute abend veröffentlichtes Telegramm besagt, daß eine Kavalleriebrigade nach Irland abgeht.

Amsterdam, 18. April. „Evening Standard“ berichtet, daß Lord French von seinem Posten als Bischof von Irland zurückgetreten sei.

England und Rußland.

Paris, 18. April. „Le Temps“ meldet, daß dem Volkskommissar Tschitscherin durch die britische Regierung ein Punkteliste-gramm übersandt wurde, in dem die Sowjetregierung aufgefordert wird, Waffenstillstandsverhandlungen anzubahnen, die auch eine Amnestie für die Freiwilligenarmee, die Reste der Armee Denekins, die heute noch die Rote verteidigen, enthalten müsse.

Reichsjustiz.

Zur Frage der Justizreform, deren schnelle Durchführung insbesondere durch den Baumdach-Skandal außerordentlich akut geworden ist, erhalten wir folgende bemerkenswerten Vorschläge:

1. Zur Auslese der Richter nach einheitlichen, freien und freistaatlichen Grundätzen ist das Reichsjustizministerium in höherem Grade geeignet und innerlich berufen als die Summe der Landesjustizverwaltungen.

2. „Vereinfachung“ der Justizverwaltung, ihrer familiären Beamten und Behörden, ist der letzte notwendige Schritt zur vollen deutschen Rechtseinheit. Seit 1879 und 1900 stimmt Recht und Rechtsgang und Gerichtsverfassung in Deutschland in allem Wesentlichen überein. Das vorbehaltene Landesrecht ist von ganz untergeordneter und beschränkter Bedeutung. Der Oberste Gerichtshof für alle Zivilprozesse und bürgerlichen Strafsachen ist seit 1879 Reichsbehörde. Es ist wahrlich keine Ueberstärkung, jetzt auch den Uebergang der Landesgerichte, Land- und Amtsgerichte in Reichsverwaltung zu vollziehen.

Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung des Behördenapparats wäre die Folge. Alle Landesjustizministerien würden entbehrlich. Erschwerungen, Reibungen, überflüssige Mannigfaltigkeit bei der Vorbereitung und Ausföhrung der Justizgesetze würden beseitigt. Der Regierungen der kleineren Staaten bliebe manche Verlegenheit erspart; so mag es mitunter heikel gewesen sein, aus einem allzu engen Kreise der Beamten den geeigneten Vorschlag für eine Stellenbesetzung am Reichsgericht herauszufinden. Finanzsoll würde die Vergrößerung des Reichsjustizministeriums durch den Fortfall der Landesjustizministerien mehr als aufgewogen.

3. Eine wichtige Schlussfolgerung verdient in diesem Augenblick besondere politische Beachtung. Das Einfügen sämtlicher Gerichte in die Reichsverwaltung enthielte eine Aenderung zwar nicht im Aufbau der Gerichte, wohl aber in deren Gesamtorganisation. Ein organisatorischer Wandel dieser Art begründet aber einen Ausnahmezustand, vermöge dessen kraft Gesetzes von der Norm der Lebensfähigkeit der Richterernennung (§ 6, § 8 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes) abgewichen werden darf. Der dritte Absatz im § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 lautet:

„Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unregelmäßige Verletzungen an ein anderes Gericht oder Entsetzungen vom Amte unter Verletzung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung verfügt werden.“

Im Geiste dieses alten Rechts ist es kaum zweifelhaft, daß bei Verwirklichung der Gerichte erster und zweiter Instanz eine entsprechende Ermächtigung an die Reichsjustizverwaltung als Nachfolgerin der Landesjustizverwaltungen zu erteilen wäre. Der Zwang zur Sparsamkeit in der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs bürgt dafür, daß von einer solchen Ermächtigung nur der notwendige Gebrauch gemacht werden würde.

Kroner, Landgerichtsrat.

Das Programm des Polizeipräsidenten.

Heute morgen begrüßte Polizeipräsident Genosse Richter die im Lehrervereinshaus versammelten Offiziere und Vertrauensleute der Berliner Sicherheitspolizei. Polizeipräsident Richter führte in seiner Ansprache aus, daß durch die Vorkommnisse in der Putschwoche die Berliner Sicherheitspolizei von verschiedenen Kreisen der Bevölkerung mit Mißtrauen betrachtet werde. Ihre Aufgabe muß es sein, dieses Mißtrauen zu beseitigen und der Bevölkerung und der Regierung zu zeigen, daß die Sicherheitspolizei in allen Mitgliedern eine durchaus verfassungstreue Polizeitruppe ist. Der von der Regierung durch den Polizeipräsidenten eingesetzte Untersuchungsausschuh wies die Beschuldigung gegen einzelne Beamte, die sich während des Kapp-Putsches in verfassungswidrigem Sinne betätigt haben, prüfen und diese, soweit ihre Schuld erwiesen ist, ihrer Dienststellung zu führen. Des Weiteren betonte Polizeipräsident Richter, daß es unbedingt nötig sei, daß die Sicherheitspolizei vom Geiste einer musterhaften Disziplin erfüllt sei. Nur dann kann sie ein wirklich brauchbares Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung zum Schutze der Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sein.

Eine Entlassung in der Sicherheitspolizei.

Unter den republikanischen Mannschaften der Charlottenburger Sicherheitspolizei ist große Aufregung entstanden wegen der plötzlichen Entlassung des Hauptmanns v. Below, der während des Putsches auf dem Boden der Republik gestanden und sich das Vertrauen der Mannschaften erworben hat.

Von Seiten der Offiziere werden Herrn Hauptmann v. Below allerhand Vorwürfe gemacht teils persönlicher, teils dienstlicher Art, wie der, daß er die Disziplin der Truppe untergrabe. Der Polizeipräsident Richter hat eine Untersuchung des Falles eingeleitet, die geleitet wird von Major Kaupisch und dem Zivilkommissar der Charlottenburger Sicherheitspolizei Genossen Bernhard.

Wir wollen dem Ergebnis dieser Untersuchung nicht vorgreifen. Aber bestreben muß, daß dienstliche Vorwürfe gegen Offiziere immer in dem Augenblick an die Oberfläche kommen, wo sie durch republikanische Gesinnung die Kreise der Monarchisten tödnen. Man kann sich in solchen Fällen den Eindruck nicht erwehren, als ob solche Dinge sorgfältig für den Fall der Fälle gesammelt werden, daß sie aber nie eine Rolle spielen hätten, wenn der Angeschuldigte es vorgezogen hätte, weiter mit den monarchistischen Wölfen zu heulen.

Austritt aus der deutschnationalen Putschpartei.

Kardorff — Dewig — Arendt.

Die Herren v. Kardorff, v. Dewig und Arendt vollziehen durch eine öffentliche Erklärung ihren Uebertritt von den deutschnationalen zu der etwas weniger putschverheißenden „Deutschen Volkspartei“ Stresemanns. Ihre öffentliche Begründung dieses Schritts beginnt mit den folgenden Worten: „Das schärfere Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der deutschnationalen Volkspartei und deren Einflußnahme auf die Entwicklung der Partei veranlaßt uns zu folgender Erklärung: Wir stehen vorbehaltlos nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch dem Geiste nach auf verfassungsmäßigem Boden. Eine Aenderung der Verfassung darf nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung auf das schärfste.“

Deutscher kann man nicht sagen, daß das Ableugnen der deutschnationalen Schuld am Kapp-Putsch nur scheinheiliges Gerede ist. Und die Herren Kardorff und Genossen müssen es als bisherige Mitglieder der deutschnationalen Partei doch wissen!

Daß der Schritt der drei Herren nicht gerade sehr weit führt, beweist die Rede, die Herr Stresemann gestern auf dem Delegiertentag der Deutschen Volkspartei gehalten hat. Unter stürmischem Beifall rief er: „Der Feind steht links!“ Daß Herr Stresemann nebenbei auch für ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie eintrat, die dann nicht mehr „allein leitend“, sondern „gleichberechtigt“ sein soll, kennzeichnet diesen politischen Weiltänzer. Für uns steht der Feind rechts in der deutschnationalen Volkspartei und der mit ihr versippten Deutschen Volkspartei des Herrn Stresemann.

In der Unterkommission für die Besatzungsreform beantragte die S. P. D.-Fraktion, die vorgelebene grundsätzliche Bemessung der Feuerungszuschläge nach gleichen Hunderteilen abzulehnen, um die Möglichkeit einer gesunden Staffellung der Zuschläge zu schaffen. Der Antrag wurde von den Abgeordneten sämtlicher bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht. Ebenso lehnten diese Parteien den Antrag ab, die Höhe der Zuschläge alle drei Monate nachzuprüfen.

Frankreich und Deutschland.

Zur Konferenz in San Remo.

Von Victor Schiff.

Als wir vor etwa einem Jahre nach langamer, endloser Fahrt durch die grauenvolle Mondlandschaft zwischen Maubeuge und Compiègne in Versailles eintrafen, da waren wir wohl alle auf einen harten, mitleidlosen Frieden gefaßt. Nach dem sechs Stunden währenden Anschauungsunterricht, der uns auf der 180 km langen Fahrt durch die einsige Kampfare geboten war, hatten wir vieles begriffen, was wir bis dahin als unüberwindlich empfunden hatten. Mag wohl manchen deutschnationalen Reisegenossen nur der Anblick der uns zuwinkenden feidgrauen Kriegsgefangenen getührt haben, ich glaube, die große Mehrheit von uns war auch durch das entscheidende Bild des unübersehbaren Trümmerhaufens tief erschüttert.

Es erschien uns damals als eine Selbstverständlichkeit, daß ganz unabhängig von der Schuldfrage, den unglücklichen Bewohnern des heimgesuchten Landes geholfen werde. Rückhaltlose Hingabe beim Wiederaufbau aus eigenen Mitteln und mit eigenen Kräften, das erschien uns um so mehr als die Pflicht des deutschen Volkes, als es ja ein Bestandteil der 14 Punkte Wilsons und zugleich der beste Weg zur Wiederannäherung der Feinde von gestern war.

Ein strenger Friede würde es sein, der sich aber auch streng an dem Wilsonprogramm halten würde; und wir, die Augenzeugen des Grauens, mühten in der Heimat nach Kräften aufklärend wirken, damit dieser harte Wilsonfriede ohne Hintergedanken unterzeichnet, ohne Engbergigkeit erfüllt werde; denn es mußte dem unglücklichen Lande geholfen werden.

Statt dessen wurden uns zehn Tage später die Versailles Bedingungen überreicht...

So schwer uns alles danach gemacht wurde, die für die Völkerverdöhnung einreten wollten, so haben wir dennoch stets versucht, das Ziel der Verständigung im Auge zu behalten, und wir haben auch mitten in den schlimmsten Krisen der letzten zwölf Monate stets darauf hingewiesen. Aber wie schwer wird es uns gemacht! Unsere Arbeit gleicht jener sogenannten Folter der Töchter des Königs Danaos, die Wasser in durchlöcherter Fässer ewig schöpfen müssen, aus denen das Wasser ewig wieder rinnt. Raum ist die Erregung über den soeben erhaltenen Schlag gedämpft, — prompt folgt ein neuer. Und die Reaktion, die die lauteften Schmerzschreie ausstößt, grinst in Wirklichkeit vergnügt über die erhoffte Agitationsgelegenheit, die ihr durch jede neue Demütigung und Vergewaltigung der deutschen Republik geboten wird. Während die anderen Extreme, welche meinen, eine neue Gesellschaftsordnung auf einem gänzlich wirtschaftlichen und politischen Trümmerhaufen aufbauen zu können, mit ebensolcher Eifer die Fortschritte der Herrichtung Deutschlands durch die französische Militärpolitik verfolgen.

So undankbar sich unsere Aufgabe einer deutsch-französischen Annäherung in ihrer Entwicklung gestaltet, so dankbar ist sie in ihrem Endziel: denn von dessen Erreichung hängt die Geungung, ja die Rettung Europas ab. Und deshalb wollen wir weiter dafür arbeiten und kämpfen, auch jetzt, wo Franzosen und Marokkaner Frankfurt und Darmstadt besetzt halten. In diesem letzten Streich des französischen Militarismus können wir nichts anderes als die Bestätigung jener Vermutungen erblicken, die wir über die Beweggründe der siegreichen Generale seit dem Ende des Krieges hegten. Es ist für die französische Militärligue eine Drohsache, den deutschen Rationalismus am Leben zu erhalten. Jeder unbefangene Neutrale, der die ersten Revolutionsmonate in unserer Mitte erlebt hat, wird unserer Behauptung beipflichten müssen, daß im November 1918 Rationalismus und Militarismus in Deutschland tot waren. Erst die Versailles Bedingungen haben sie auferstehen lassen. Und wiederum, als diese unglückseligen politischen Faktoren des alten Regimes durch den Triumph der Arbeiterklasse über die Kapp-Lüttich-Rebellen gänzlich zu Boden lagen, sind ihnen die Hoch und Degoutte dadurch zur Hilfe geeilt, daß sie ihre weichen und farbigen Divisionen in die Städte des Rheingaus einrücken ließen. Daher kommt es, daß am heutigen Tage, an dem die Herren der Welt in San Remo zusammentreffen, wir in der Frage der deutsch-französischen Annäherung genau so weit sind wie vor drei Monaten, beim Inkrafttreten des Friedens, wie vor einem Jahr, bei der Ueberreichung der Bedingungen, und vor anderthalb Jahren, als die letzten Toten des Weltkrieges fielen.

Allmählich beginnt man jedoch in der ganzen Welt einzusehen, daß die Schuld an der fortdauernden Vergiftung der deutsch-französischen Beziehungen viel mehr weitlich als östlich des Rheins zu suchen ist. In der ganzen Welt findet man die Sinnlosigkeit und die Undurchführbarkeit des Versailles Friedens und hat man sich mit der Idee



Republik einen Dienst zu erweisen, und zweitens, daß seine tatsächlichen Angaben über die Zustände und Gespräche im Potsdamer Offizierkorps voll und ganz der Wahrheit entsprachen. Nach den Erfahrungen des Kapp-Zuges dürfte wohl niemand mehr zweifeln, daß die von Bieweg schon frühzeitig bewiesene Sympathie gegen die Republik gerade in Potsdam die von ihm geschilderten Missetaten getrieben hat.

Das wirklich Empörende an der Sache ist, daß dieser Mann, weil er gewagt hat, das reaktionäre Treiben der Kutschisten vorzeitig aufzudecken, der niedrigsten Nachsicht der Militärkamarilla ausgeliefert worden ist. Auf Seiten über Seiten schildert Rechtsanwalt Frankfurter, in welcher haarsträubender Weise die berühmteste Militärjustiz mit Bieweg umgesprungen ist. Es ist uns ganz unmöglich, auch nur auszugeweiht dieses Material hier wiederzugeben. Nur eins: Bieweg war aus der Reichswehr ausgeschieden. Dennoch behauptete die Militärjustiz auf Grund seines Offiziersrangs, die Macht über ihn zu haben. Gleichzeitig aber wurde Bieweg in der Untersuchungshaft die Offiziersbehandlung verweigert, weil er Zivilist sei. Er wurde in ein elendes Loch von 1 1/2 m Breite eingesperrt. Als Protest unternahm Bieweg einen sechsstägigen Hungerstreik. Sein Verteidiger, der über diese Behandlung Beschwerde führte, erhielt aber den schönen Bescheid: „Es befremdet, daß die Verteidigung Klage führe, wo der Auftraggeber keine habe.“

Der wahre Charakter der Militärjustiz tritt noch einmal trotz in die Erscheinung. Wir können uns dem Wunsche Dr. Frankfurters nur anschließen, daß der Fall Bieweg dazu beitragen werde, eine nochmalige Verzögerung der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu verhindern.

### Belohnte Treue.

Folgende, geradezu unglaublich klingende Mitteilung wird uns aus Pommern gemacht:

In Pölsin leitete ein Rektor namens Haffe unter dem glorreichen Szepter Wilhelms II. die dortige Schule voll Gottesfurcht und Büchsenliebe. Als nun die Kunde ins Land kam, daß Deutschland nicht gesiegt habe, trotzdem es siegen mußte, daß der Kaiser nach Holland vertrieben sei und die Roten in Berlin regierten, da wollte er es lange nicht glauben; denn es stimmte nicht zu dem Bilde von der Welt, das er in seinem Kopfe und in seinen Ähren hatte. Und als nun der Befehl an ihn erging, er solle das Kaiserbild aus seiner Anstalt entfernen, denn jetzt sei Deutschland — frei Deibel — Republik, da tat er's einfach nicht; denn wie hätte er's in einer Schule ausbilden können, wo ihn an Stelle des Symbols der alten Deutschen Herrlichkeit vorwurfsvoll ein Loch von der Wand angeschaut hätte! Und er trachtete dem Befehl standhaft bis heutigen Tage.

Und siehe, seine Tugend fand ihren Lohn. Zwar nicht durch Wilhelm, den leider immer noch nicht Familie vertrieben, sondern durch die Regierung, was dem Rektor wohl aber auch recht war. Er wurde nämlich — wahrscheinlich in Anerkennung seiner treuen Dienste für die Republik — zum Kreis Schulinspektor ernannt.

Unser Gewährsmann fügt seinen Mitteilungen etwas Boshaftes hinzu, daß diese wahre Geschichte unter der Überschrift „Belohnte Treue“ geeignet für die Besetzung der Republik wäre. Wir hoffen, daß die Behörden die erste Seite der Angelegenheit bald erfassen werden.

### Noch eine neue Partei!

#### Schwinder oder Narr?

In Berlin wird zurzeit ein Flugblatt verteilt, das vorwärtsfahrend anonom ist und nur die Unterschrift trägt „Ein Metallarbeiter“. Das Programm, das in seinen Grundrissen bekannt gegeben wird, ist so unklar und verschwommen gehalten, daß wir annehmen müssen — falls nicht ganz andere Kreise dahinter stehen — daß es mit dem Verständnis des „Arbeiters“ für wirtschaftliche Fragen recht schlecht bestellt ist. Zunächst werden die Mängel unserer gegenwärtigen Wirtschaft auseinandergelegt und dann bezeichnet sich der Verfasser als der Glückliche, der allein in der Lage ist,

„auch die noch niemandem bekannte Ursache des furchtbaren Fiascos aufzudecken und den richtigen Weg zum radikalen Sozialismus anzudecken.“

Die Forderungen sind sochlich unzutreffend, dazu unklar und praktisch undurchführbar. Der springende Punkt dürfte jedoch die Zahlpartei sein, die mit 8.10 M. ausgestattet, eingefandt werden soll und die zum Empfang einer Wochensumme berechtigt. Wir warnen die Arbeiterschaft nachdrücklichst sich von den Werbeprospektus dieser „Neutralpartei“, die zunächst wohl nur ein Mitglied zählt, einzufangen zu lassen. Eine neue Scherzfrage übrigens: Was ist paradox? — Eine Partei, die neutral ist.

### Ein eigentümliches Wahlprogramm.

#### Empfindliche Studenten.

Der Allgemeine Studentenausschuss Erlangen schickt an die Studentenvertretungen der übrigen deutschen Hochschulen ein Rundschreiben, worin er um Unterstützung zwecks Einberufung eines deutschen Studententages bittet.

In diesem Schreiben wird gefordert, daß die Studentenschaft als solche sich zu den bevorstehenden Wahlen rufen müsse. Die geeinte deutsche Studentenschaft müßte von den Parteien Zusicherungen fordern, die ihr eine Vertretung ihrer Interessen gewährleistet. Des weiteren heißt es:

„Nur durch gemeinsames Vorgehen kann die Studentenschaft ein Gegengewicht bilden gegen den Druck, den die mächtigen Arbeiterorganisationen auf die Regierungsstellen in stets steigendem Maße ausüben.“

Weiter wird dann auf die Gefahr des Bolschewismus hingewiesen, der unfehlbar über Deutschland hereinbrechen müsse, wenn die Regierung dem Drängen der Entente nachgibt, und zu einer Auflösung der Einwohnerwehr schreitet.

Von den sieben Punkten, die der Studentenausschuss als Tagesordnung für den Studententag vor schlägt, ist der sechste bemerkenswert. Er lautet:

Die deutsche Studentenschaft verlangt von den Parteien, daß sie sich einsetzen für den Schutz des guten Namens und der Ehre der deutschen Studentenschaft gegen verlesende Nachreden. Derartig maßlose Angriffe, wie sie beispielsweise erfolgten, als sich die deutsche Studentenschaft zur Verfügung stellte zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reich, dürfen nicht wieder vorkommen, ohne daß sie von den Parteien aufs nachdrücklichste zurückgewiesen werden.

Die Erlanger Studenten, die gegen üble Nachrede so arg empfindlich sind, sollten den Schutz nicht von den politischen Parteien fordern, sondern sich selbst dadurch schützen, daß sie in erster Linie klar und deutlich zu erkennen

### Funktionärkonferenz der S. P. D.

Mittwoch 6 Uhr für alle zur S. P. D. gehörenden Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Angehörigen- und Beamtenvertreter: Allgemeine Funktionärkonferenz im Deutschen Hof, Ludwiger Straße 15. Tagesordnung: Unsere nächsten politischen Aufgaben und die Einigung der Arbeiterschaft. Referent: Genosse Dr. Koelich. Mitgliedsbuch und Ausweiskarte vorzeigen.

Der Bezirksvorstand.

geben, daß sie mit denen nichts gemein haben wollen, die sich in den Kapp-Zagen begeistert den Hochverrätern zur Verfügung stellten. Wie wäre es, wenn der Erlanger Studentenausschuss mit derselben Entschiedenheit, mit der er hier austritt, eine Untersuchungskommission gegen die Marburger Studentenmörder fordert? Nach dieser Richtung hin scheint das Interesse der Erlanger Studenten nicht zu gehen. Ihnen liegt viel mehr daran, bei den kommenden Wahlen „auf den Kandidatenlisten an ersten Stellen“ zu stehen. Solche Forderungen sind nicht verwunderlich bei Leuten, die sich früher als „Leibgarde der Hohenzollern“ fühlten und ihrer Meinung nach in sich die berufenen Führer der Nation sehen.

Erwähnenswert ist schließlich noch, daß in dem Schreiben als Tagungsort Erlangen vorgeschlagen wird, da dort keine Gefahr vorliegt, daß der Studententag durch Einwirkungen von außen gefährdet wird. Inwieweit dies in den norddeutschen und mitteldeutschen Hochschulen der Fall ist, muß in Frage gestellt werden.

Wir begreifen den Zug nach dem Süden, befindet man sich doch in Erlangen näher an München als in anderen deutschen Universitätsstädten, und es fragt sich, ob man nicht auf gute Verbindung mit dieser Stadt, dem Hauptberd süddeutscher Reaktion und Progrombewegung sehen soll.

### Der Reichswirtschaftsrat.

Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung beendete heute die Beratungen über den Entwurf einer Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat.

Der Ausschuss schloß sich den Beschlüssen seines Unterausschusses an, wonach unter Aenderung der Regierungsvorlage und der Beschlüsse des Reichsrats der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 320 Mitgliedern besteht.

Rücktritt Dr. Friedberg. Der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei, Dr. Friedberg, hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Parteiausschusses der Demokratischen Partei, Dr. Petersen, seinen Rücktritt mitgeteilt. Begründet wird der Schritt mit Gesundheitsrückfällen.

Die Reichshauskonferenz. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Schulz in der Freitagsitzung der Nationalversammlung wird die Reichshauskonferenz nicht, wie anfangs vorgesehen, unmittelbar nach Schluß der Nationalversammlung, sondern unmittelbar nach den Wahlen stattfinden. Man hofft dadurch zu vermeiden, daß die sochlichen Beratungen der Reichshauskonferenz durch die Wahlstimung beeinträchtigt werden.

Abkündigung des Einjährig-Beurlaubten in Bayern. Die bayerische Unterrichtsverwaltung hat unter Hinweis auf die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages an die höheren Lehranstalten einen Erlass gerichtet, welcher die Abkündigung des Einjährig-Beurlaubten-Beurlaubten abschafft.

Stadtratswahl in Braunschweig. Bei der heute in Braunschweig erfolgten Wahl eines besoldeten Stadtrats wurde der bisherige Inhaber dieses Postens, Stadtrat von Frankeberg, der von der Stadtverordnetenversammlung zur Wiederwahl vorgeschlagen war, mit 2799 Stimmen gewählt. Der von der U. S. P. D. und S. P. D. unterstützte Gegenkandidat, Arbeitersekretär Besemeier, erhielt nur 2107 Stimmen.

## Wirtschaft

### Grubenholzbeschaffung.

Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Grubenholzporträte außerordentlich gering wären, und man beschränkte ernstlich eine Einschränkung der Kohlenförderung infolge Grubenholzmangels. Daraufhin haben der Landwirtschaftsminister und der Reichswirtschaftsminister eine Untersuchung angestellt, wieviel von diesem Material noch in den Wäldern, auf Händlerylagerplätzen und auf Felsenplätzen vorhanden ist. Danach waren im Januar d. J. noch etwa 60 Prozent des gesamten Grubenholzverbrauchs eines normalen Betriebsjahres im Besitz von Grubenholzhändlern. Eine augenblickliche Kontrolle liegt demnach nicht vor. Jedoch ist festgestellt, daß in den preussischen Staats-Oberförstereien der Grubenholzeinschlag infolge des erhöhten Brennholzeinschlags in diesem Jahre erheblich hinter demjenigen früherer Jahre zurückbleiben wird. Es wäre also zu erwarten, daß in der Grubenholzbeschaffung aus preussischen Staatsforsten, die allein etwa 40 Prozent des Bedarfs decken, doch in späterer Zeit eine Störung eintreten kann, insbesondere, wenn die Kohlenförderung wesentlich steigt. Um dem vorzubeugen, hat der Landwirtschaftsminister die Regierungen beauftragt, den in Aussicht genommenen Grubenholzeinschlag unter allen Umständen durchzuführen und baldmöglichst zum Verkauf zu bringen. Darüber hinaus soll erwogen werden, wieviel Grubenholz bis zum Schluß des laufenden Wirtschaftsjahres im Rotfalle noch durch besondere Vorkehrungen aufgebracht werden kann.

Valutaforgen der Schweiz. Die Schweiz als Land der Kurorte und Vergnügungsorten bekommt die nachteiligen Folgen ihres guten Valutastandes schwer zu spüren. Der Geschäftserfolg der Schweizerischen Nationalbank in Bern bringt hierzu folgende Darlegungen: Der Fremdenindutrie brachte das Jahr 1919 herbe Enttäuschung. Die Erwartung, zum ersten Male seit fünf Jahren wieder fremde Gäste in vermehrter Zahl auf die Sommerfession hin in unser Land einzuziehen zu sehen, scheiterte an den immer noch bestehenden Schwierigkeiten und an dem unternparitätischen Stand der Valuten der der Schweiz nachgelegenen Länder. Angesichts der in letzterer Beziehung auch für das Jahr 1920 nicht besseren Aussichten darf eine Durchgreifende, allerdings mit sehr großen Opfern zunächst für die Hotellerie selbst und sodann für die Gläubiger verbundene Sanierung der mit mehrjährigen Hindernissen und Bankrotten belasteten Unternehmen nicht weiter hinausgeschoben werden.

Der erste Internationale Wirtschaftskongress wird, wie geplant am 1. und 2. Mai in Frankfurt a. M. tagen, unbehindert von der Besatzungsbehörde. Eine große Anzahl von Rednern hat sich zum Wort gemeldet; Generalsekretär Legien wird wegen der Reise am 2. Mai sprechen. — Die Frankfurter Messe findet vom 2. bis 11. Mai statt.

## Groß-Berlin

### Munitionsexplosion im Kranseec.

Auf dem Sprenggelände im Kranseec, das der Firma Stod u. Co. gehört, explodierten heute vormittag mehrere Geschosse. Ein Arbeiter wurde getötet und mehrere verletzt. Das Berliner Rettungssamt leistete die erste Hilfe und schaffte die Leiche des Getöteten in das Schauhau. Der Betrieb erlitt keine Unterbrechung.

### Der neue Arbeitsplan der Volkshochschule Groß-Berlin.

Soeben gibt die Volkshochschule Groß-Berlin ihren zweiten Arbeitsplan heraus. Er sieht eine stattliche Reihe Kurse für die kommenden Monate vor.

Der neue Arbeitsplan baut sich folgerichtig auf dem ersten auf. Die Wissensgebiete sind streng gegliedert und unter dem Gesichtswinkel einer systematischen Bildungsarbeit ausgewählt. Die Zahl der Arbeitsgemeinschaften und der Kurse mit beschränkter Teilnehmerzahl ist beträchtlich vermehrt. Damit wird den nach tieferer Erkenntnis strebenden Hörern Gelegenheit gegeben, den Wissensstoff innerlich zu verarbeiten und zu durchdringen.

Die Auswahl der Kurse scheint uns eine besonders glückliche zu sein. Die Volkshochschule lehnt es ab, alle möglichen Fragen und Probleme zu behandeln und steht stattdessen darauf, ihren Arbeitsplan auf die Bedürfnisse der Zeit und der Arbeiterschaft als des eigentlichen Hörerpublikums einzustellen. So sind — abgesehen von der Philosophie und den Naturwissenschaften — die Gebiete der Staats- und Rechtswissenschaften, sowie der Wirtschaftskunde und des Sozialismus hervorragend berücksichtigt. Erfreulichweise haben sich auch eine Reihe sozialistischer Wissenschaftler in den Dienst der Sache gestellt. So sprechen Dr. Reitzel und Max Grünwald über: Marx' ökonomische Lehren, Prof. Cunow über: Geschichte der Gewerkschaften und Staatslehre, Prof. Conrad Schmidt über: Entwicklung sozialistischer Gedanken, Hermann Müller über: Gewerkschaftslehre. Freilich lassen auch noch bedeutliche Lücken in dem Arbeitsplan. So sind z. B. die Technik und die Geschichte noch so gut wie nicht berücksichtigt. Aber wir haben nach den bisherigen Leistungen der Volkshochschule das Vertrauen zu ihr, daß sie ihren Arbeitsplan auch nach dieser Richtung hin bald ergänzen wird.

Die Kurse beginnen gegen Ende des Monats. Hörsarten sind in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, 1 Tr. (Zimmer 18) sowie in der Buchhandlung der „Freiheit“, Breitestr. 6/9, zu haben. Weitere Verkaufsstellen sind in dem ausführlichen Arbeitsplan, der 50 Pf. kostet, sowie in einem kurzen Uebersichtsplan, der kostenlos abgegeben wird, verzeichnet. Beide Drucksaften kostenlos bei obengenannten Stellen erhältlich.

### Gegen die Reaktion in den Schulen.

Minister Haenisch hatte mit einer Deputation der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft eine längere Unterredung, in der diese die üblichen Einflüsse, mit denen ein Teil der Lehrerschaft an höheren und niederen Schulen dank ihrer Rückständigkeit auf die Jugend wirkt, zur Sprache brachte. Besonders traffe Hölle fanden Erwähnung, in denen sich Jugenderzieher durch ihren imperialistischen Dünkel verleiten lassen, die gegenwärtigen Inhaber der Regierungsgewalt vor den Kindern herabzusetzen, um die verfallene Epoche in desto höherem Glanz erstrahlen zu lassen. Die absolute Unfähigkeit vieler Geschichtslehrer wurde betont, die Zwecklosigkeit einseitiger „Blut- und Eisenpolitik“ auch nur zu begreifen. Der Kultusminister sagte zu, durch beschleunigte Durchführung der Bereidigung der staatlich angestellten Lehrkräfte einer allzu strapellofen Weiterbildung dessen, was dem gegenwärtigen Geschlecht als Ideal geiten muß, einen Mangel vorzugreifen.

Es genügt nicht, nur die Lehrerschaft auf die Gefahren dieser Beeinträchtigung der Jugend hinzuweisen, sondern es ist nötig, daß auch gleichzeitig die Lehrbücher einer gründlichen Revision unterzogen werden. Uns sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden darüber zugegangen, daß Lehrbücher, die als Drucksaften das Jahr 1919 aufweisen, noch in demselben Stil aufgemacht sind wie die der vergangenen Geschichtsepoche. Nachfolgend eine Wäntelung aus einem speziell für die höheren Mädchenschulen bestimmten Lesebuch, das von Prof. Dr. Ernst Borikowski, Direktor des Lyzeumums in Raumburg a. S. im Verein mit Heinrich Driener, Direktor der Waise-Genetio-Schule in Tempelhof, und Ludwig Koradi, Direktor der Fontane-Schule in Schöneberg, neu bearbeitet hat, und das 1919 bei Grote erschienen ist: Auf Seite 112 vier Geschichten über „Unsere Kaiserin“, die Seite 114 ziert das Amfietied „Heil Dir im Siegertrug“, auf Seite 119 liest man die Geschichte von Friedrich dem Großen und seinem Vagen, ferner Anekdoten anderer Hohenzollern bis zu Kaiser Wilhelm, auf Seite 91 finden wir eine Schilderung von Kaisers Geburtsstag in Berlin, die so beginnt:

„Der Geburtsstag unseres Kaisers ist für die Bürger des Landes ein Festtag. Wo Deutsche sind, wird dieser Tag feierlich begangen. Groß und klein, jung und alt freut sich auf den 27. Januar, und gar zu gern möchte wohl ein jeder seine guten Wünsche dem geliebten Kaiser selbst sagen. Ganz besonders feierlich oder verläuft dieser Tag in der Residenz des Kaisers, in Berlin.“

Es ist anzunehmen und wahrscheinlich auch sicher, daß die Bücher, die von 1918 datieren, bereits vor der Revolution hergestellt wurden. Aber jetzt schreiben wir bereits 1920. In dieser Zeit hätte wahrscheinlich etwas getan werden können, um wenigstens diese belagerten Anekdoten über die „Landeshüter“ und „Landesmütter“ aus den Lesebüchern unserer Schulanen zu entfernen. Solange das nicht geschieht, werden alle Ermahnungen und Drohungen an die monarchistische Lehrerschaft fruchtlos bleiben, denn an Hand dieser Bücher können sie die Schüler ganz in ihrem Sinne weiter beeinflussen. Es ist allerhöchste Zeit, daß diesen, der deutschen Republik unabweiglichen Zuständen schleunigst ein Ende bereitet wird.

### Nicht schwarz-weiß-rot, sondern schwarz-rot-gold

war bei der vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten gestern im Circus Busch veranstalteten Bewillkommnung der Kriegsgefangenen die Umrahmung der Inschrift „Die Heimat grüßt Euch!“ Die in unserm Bericht in der heutigen Morgenausgabe enthaltene Angabe „schwarz-weiß-rot“ ist ein höchst behauerlicher Druckfehler. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat mit den Schwarz-weiß-rotens nichts zu tun.

Schwedische Hilfe für deutsche Kinder. Die dankenswerte Hilfe, die uns Schweden im vorigen Jahre durch mehrmonatige Aufnahme von annähernd 2000 unterernährten deutschen Kindern hat angedeihen lassen, ist noch in bester Erinnerung. Auch im laufenden Jahre beabsichtigt Schweden in hochherziger Weise sich unserer notleidenden Jugend anzunehmen. Die Zahl der aufzunehmenden Kinder wird voraussichtlich die vorjährige noch übersteigen. Zur Durchführung der notwendigen Vorbereitungen ist in diesen Tagen ein Komitee gebildet worden. Die Verteilung der Plätze auf die Städte erfolgt in engstem Zusammenwirken mit der für den Landaufenthalt der Stadtkinder bestehenden Reichskommission. Die Auswahl der Kinder in den berücksichtigten Städten wird durch die Landaufenthaltsabteilungen der Bohngemeinden der Kinder veranlaßt. Einzelgesuche an andere Stellen sind daher zwecklos.

